

Auftragsbekanntmachung

Dienstleistungen

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber

I.1) **Name und Adressen**

Offizielle Bezeichnung: Stadt Strausberg

Postanschrift: Hegermühlenstraße 58

Ort: Strausberg

NUTS-Code: DE409 Märkisch-Oderland

Postleitzahl: 15344

Land: Deutschland

Kontaktstelle(n): Vergabestelle

E-Mail: vergabe@stadt-strausberg.de

Telefon: +49 3341-381123

Fax: +49 3341-381430

Internet-Adresse(n):

Hauptadresse: www.stadt-strausberg.de

I.2) **Informationen zur gemeinsamen Beschaffung**

Der Auftrag wird von einer zentralen Beschaffungsstelle vergeben

I.3) **Kommunikation**

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter: <https://vergabemarktplatz.brandenburg.de/VMPSatellite/notice/CXP9YH664UB/documents>

Weitere Auskünfte erteilen/erteilt die oben genannten Kontaktstellen

Angebote oder Teilhmeanträge sind einzureichen elektronisch via: <https://vergabemarktplatz.brandenburg.de/VMPSatellite/notice/CXP9YH664UB>

I.4) **Art des öffentlichen Auftraggebers**

Regional- oder Kommunalbehörde

I.5) **Haupttätigkeit(en)**

Allgemeine öffentliche Verwaltung

Abschnitt II: Gegenstand

II.1) **Umfang der Beschaffung**

II.1.1) **Bezeichnung des Auftrags:**

Neubau Regenkanal und Straßenbau Berliner Straße und Teilabschnitt A.-Bebel-Str. - Planungsleistungen

Verkehrsanlagen gem. § 45 ff. HOAI und Ingenieurbauwerke gem. §§ 41 ff. HOAI

Referenznummer der Bekanntmachung: TD VV 17/23

II.1.2) **CPV-Code Hauptteil**

71300000 Dienstleistungen von Ingenieurbüros

II.1.3) **Art des Auftrags**

Dienstleistungen

II.1.4) **Kurze Beschreibung:**

Die Stadt Strausberg beabsichtigt eine komplexe Baumaßnahme auf der Hauptverkehrsader der Stadt - Berliner Straße mit Länge von ca. 2.000 m durchzuführen. Ziel des Bauvorhabens ist eine bedeutende verkehrliche Verbesserung der Hauptstraße in Richtung Innenstadt inkl. Anpassung an die heutigen Verkehrsbedürfnissen, die Modernisierung des Straßenraums und Optimierung der Regenwasserableitung. Da der aktuelle Zustand der Berliner Straße nicht mehr den Anforderungen an eine wichtige Verkehrsachse der Stadt entspricht, ist eine entsprechende Umgestaltung unter Berücksichtigung aktueller technischer Normen geplant. Hierfür werden somit interessierte Ingenieur-/ und Planungsbüros mit einschlägigen Kompetenzen und Erfahrungen gesucht. Die Vergabe erfolgt stufenweise ohne Rechtsanspruch auf die Beauftragung aller Leistungsstufen.

II.1.5) **Geschätzter Gesamtwert**

II.1.6) **Angaben zu den Losen**

Aufteilung des Auftrags in Lose: ja
Angebote sind möglich für alle Lose

II.2) **Beschreibung**

II.2.1) **Bezeichnung des Auftrags:**

Fachplanungsleistung Verkehrsanlagen
Los-Nr.: 1

II.2.2) **Weitere(r) CPV-Code(s)**

71322000 Technische Planungsleistungen im Tief- und Hochbau
71322500 Technische Planungsleistungen für Verkehrsanlagen

II.2.3) **Erfüllungsort**

NUTS-Code: DE409 Märkisch-Oderland
Hauptort der Ausführung:
Stadt Strausberg 15344 Strausberg

II.2.4) **Beschreibung der Beschaffung:**

Grundhafte Erneuerung Berliner Straße und Teil der August-Bebel-Straße, umfasst eine Länge von ca. 2.000 m zuzügl. 280 m von der "kleine" A.-Bebel-Straße.

Der Planungsbereich umfasst die Berliner Straße, ab Einmündung Elisabethstraße bis Elefantenuhl / Einmündung Altlandsberger Chaussee, sowie einen Abschnitt der A.-Bebel-Straße

Die Berliner Straße ist Hauptverkehrsstraße mit Begegnungsverkehr Lkw/Lkw, Busverkehr.

-Erforderlich ist die Straßen- und Wegeplanung im Gesamtzusammenhang, aber die Realisierung der Baumaßnahmen erfolgt in Bauabschnitten.

Von dem planenden Ingenieurbüro wird erwartet:

* Variantenuntersuchung zur möglichen Radverkehrsführung (Schutzstreifen auf Fahrbahn oder separater Geh-/Radweg) mit Beteiligung ADFC, Straßenverkehrsamt

* Untersuchung Kreuzungssituation Elisabethstraße/Aufweitung Seitenraum; insbesondere im Hinblick auf Führung Radverkehr

* barrierefreie Gestaltung Seitenraum

* Untersuchung der Erfordernis weiterer Querungsstellen, mit oder ohne Ampel

* Berücksichtigung Parkmöglichkeiten Bereich A.-Bebel-Str.

* Berücksichtigung Gleisanlage Strausberger Eisenbahn GmbH sowie vorhandener Haltestellenbereiche; durchgängiger Straßenbahnbetrieb soll gewährleistet werden

* Planung einschließlich Zufahrten (i.d.R. 3/5m)

* Anschluss der Seitenstraßen i.d.R. bis Ausrundungsende, Sichtdreiecke prüfen, ggf. Anschluss von Radwegen

* Berücksichtigung Baumbestand bzw. Standortmöglichkeiten für Neupflanzungen

* frühzeitige Beteiligung der Träger öffentlicher Belange hinsichtlich Forderungen / Genehmigungsfähigkeit sowie von Versorgungsunternehmen hinsichtlich Leitungsmit- und -umverlegung

II.2.5) **Zuschlagskriterien**

Die nachstehenden Kriterien

Qualitätskriterium - Name: Bearbeitungskonzept / Gewichtung: 40

Qualitätskriterium - Name: Präsentation / Gewichtung: 15

Qualitätskriterium - Name: Projektleiter / Gewichtung: 10

Preis - Gewichtung: 35

II.2.6) **Geschätzter Wert**

II.2.7) **Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems**

Beginn: 25/09/2023

Dieser Auftrag kann verlängert werden: nein

II.2.9) **Angabe zur Beschränkung der Zahl der Bewerber, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden**

Geplante Mindestzahl: 3

Höchstzahl: 5

Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern:

(1) Die fristgerechte Vorlage der geforderten Nachweise, Erklärungen und der vollständig ausgefüllte Teilnahmeantrag gemäß Ziffern III.1.1, III.1.2 und III.1.3.

(2) Die Auswahl der Bewerber erfolgt auf Grundlage der zum Nachweis der Eignung geforderten Angaben, Erklärungen und Unterlagen mit einem Schwerpunkt bei den Referenzprojekten. Die maximale erreichbare

Punktzahl beträgt: 9 Punkte (Finanzielle und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit: 1,35 Punkte; Technische und berufliche Leistungsfähigkeit: 7,65 Punkte).

Detaillierte Angaben zur Bewertung können der "Matrix Stufe 1 - Teilnahmewettbewerb" im Anhang zum Teilnahmeantrag (s. Vergabeunterlagen - Ordner "Sonstiges") entnommen werden.

(3) Soweit die Mindestanforderungen erfüllt sind, ist die Rangfolge der erreichten Punkte für die Auswahl maßgebend (§51 VgV). Erfüllen mehrere Bewerber gleichermaßen die Anforderungen und ist die Bewerberzahl auch nach einer objektiven Auswahl entsprechend den zu Grunde gelegten Eignungskriterien zu hoch, kann die Auswahl unter den verbleibenden Bewerbern durch Los getroffen werden (§75 [6] VgV).

II.2.10) Angaben über Varianten/Alternativangebote

Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein

II.2.11) Angaben zu Optionen

Optionen: ja

Beschreibung der Optionen:

(1) Die Vergabe erfolgt stufenweise ohne Rechtsanspruch auf die Beauftragung aller Leistungsstufen. Mit dem Abschluss des Vertrages ist beabsichtigt, die Leistungsphasen 1 bis 4 gem. HOAI §45 zu beauftragen (Stufe 1), soweit nach Ziff. II.2.4 Bestandteil der beabsichtigten Beauftragung. Eine Beauftragung steht unter dem Vorbehalt der Zustimmung des Hauptausschusses.

Die weiteren Stufen werden bei Fortsetzung der Planung und Ausführung der Baumaßnahme einzeln oder im Ganzen schriftlich beauftragt. Aus der stufenweisen Beauftragung bzw. Nichtbeauftragung der weiteren Stufen ergibt sich kein Anspruch für den Auftragnehmer auf eine höhere bzw. zusätzliche Vergütung. Wesentliche Voraussetzungen für die weitere Beauftragung sind die Einhaltung der Kosten und Termine, die vorhandenen oder sich ggf. ändernden Finanzierungsgrundlagen.

(2) Sofern für die Durchführung der Maßnahme erforderlich, werden optional weitere Besondere Leistungen beauftragt.

(3) Im Falle der Einladung zur Verhandlung (Verhandlung voraussichtlich am 02.08.2023)/Angebotsaufforderung sind neben einem Honorarangebot (Formblatt) folgende Erklärungen unterzeichnet vorzulegen (s.a. Ziff. III.2.2): Vereinbarung zur Einhaltung der Mindestanforderungen nach dem Brandenburgischen Vergabegesetz, Eigenerklärung zum 5. Sanktionspaket.

Es werden über die mit Veröffentlichung der Bekanntmachung bereits zur Verfügung gestellten Unterlagen (s. Ziff. II.2.4) hinaus folgende Unterlagen zur Verfügung gestellt: Formblatt für Honorarangebote.

II.2.13) Angaben zu Mitteln der Europäischen Union

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

II.2.14) Zusätzliche Angaben

II.2) Beschreibung

II.2.1) Bezeichnung des Auftrags:

Fachplanungsleistung Ingenieurbauwerke

Los-Nr.: 2

II.2.2) Weitere(r) CPV-Code(s)

71322000 Technische Planungsleistungen im Tief- und Hochbau

71322200 Planung von Rohrleitungen

II.2.3) Erfüllungsort

NUTS-Code: DE409 Märkisch-Oderland

Hauptort der Ausführung:

Stadt Strausberg 15344 Strausberg

II.2.4) Beschreibung der Beschaffung:

Die Vorplanung Regenentwässerung wurde bereits erbracht und bildet die Grundlage für die weitere Planung. Der Planungsumfang beinhaltet die Erneuerung der Regenentwässerung über die Gesamtlänge der Berliner Straße, einschließlich Anschlüsse Seitenstraßen und Anschlüsse von Gebäuden / Hofflächen sowie die Einordnung in Fahrbahn, gleisabgewandte Fahrspur sowie den Neubau der Regenentwässerung in der Fontanestraße und Max-Liebermann-Straße. Die Planung erfordert eine Überprüfung notwendiger Maßnahmen an den Einleitstellen ggf. deren Planung und Realisierung. Ebenso ist eine Berechnung der Dimensionierung / Planung Regenwasserpumpwerk Fontanestraße erforderlich.

II.2.5) Zuschlagskriterien

Die nachstehenden Kriterien

Qualitätskriterium - Name: Bearbeitungskonzept / Gewichtung: 40

Qualitätskriterium - Name: Präsentation / Gewichtung: 15

Qualitätskriterium - Name: Projektleiter / Gewichtung: 10

Preis - Gewichtung: 35

II.2.6) Geschätzter Wert**II.2.7) Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems**

Beginn: 25/09/2023

Dieser Auftrag kann verlängert werden: nein

II.2.9) Angabe zur Beschränkung der Zahl der Bewerber, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden

Geplante Mindestzahl: 3

Höchstzahl: 5

Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern:

(1) Die fristgerechte Vorlage der geforderten Nachweise, Erklärungen und der vollständig ausgefüllte Teilnahmeantrag gemäß Ziffern III.1.1, III.1.2 und III.1.3.

(2) Die Auswahl der Bewerber erfolgt auf Grundlage der zum Nachweis der Eignung geforderten Angaben, Erklärungen und Unterlagen mit einem Schwerpunkt bei den Referenzprojekten. Die maximale erreichbare Punktzahl beträgt: 9 Punkte (Finanzielle und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit: 1,35 Punkte; Technische und berufliche Leistungsfähigkeit: 7,65 Punkte).

Detaillierte Angaben zur Bewertung können der "Matrix Stufe 1 - Teilnahmewettbewerb - Los 2 " im Anhang zum Teilnahmeantrag (s. Vergabeunterlagen - Ordner "Sonstiges") entnommen werden.

(3) Soweit die Mindestanforderungen erfüllt sind, ist die Rangfolge der erreichten Punkte für die Auswahl maßgebend (§51 VgV). Erfüllen mehrere Bewerber gleichermaßen die Anforderungen und ist die Bewerberzahl auch nach einer objektiven Auswahl entsprechend den zu Grunde gelegten Eignungskriterien zu hoch, kann die Auswahl unter den verbleibenden Bewerbern durch Los getroffen werden (§75 [6] VgV).

II.2.10) Angaben über Varianten/Alternativangebote

Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein

II.2.11) Angaben zu Optionen

Optionen: ja

Beschreibung der Optionen:

(1) Die Vergabe erfolgt stufenweise ohne Rechtsanspruch auf die Beauftragung aller Leistungsstufen. Mit dem Abschluss des Vertrages ist beabsichtigt, die Leistungsphasen 3 bis 4 gem. HOAI § 41 zu beauftragen (Stufe

1), soweit nach Ziff. II.2.4 Bestandteil der beabsichtigten Beauftragung. Eine Beauftragung steht unter dem Vorbehalt der Zustimmung des Hauptausschusses.

Die weiteren Stufen werden bei Fortsetzung der Planung und Ausführung der Baumaßnahme einzeln oder im Ganzen schriftlich beauftragt. Aus der stufenweisen Beauftragung bzw. Nichtbeauftragung der weiteren Stufen ergibt sich kein Anspruch für den Auftragnehmer auf eine höhere bzw. zusätzliche Vergütung. Wesentliche Voraussetzungen für die weitere Beauftragung sind die Einhaltung der Kosten und Termine, die vorhandenen oder sich ggf. ändernden Finanzierungsgrundlagen.

(2) Sofern für die Durchführung der Maßnahme erforderlich, werden optional weitere Besondere Leistungen beauftragt.

(3) Im Falle der Einladung zur Verhandlung(Verhandlung voraussichtlich am 03.08.2023)/Angebotsaufforderung sind neben einem Honorarangebot (Formblatt) folgende Erklärungen unterzeichnet vorzulegen (s.a. Ziff. III.2.2): Vereinbarung zur Einhaltung der Mindestanforderungen nach dem Brandenburgischen Vergabegesetz, Eigenerklärung zum 5. Sanktionspaket.

Es werden über die mit Veröffentlichung der Bekanntmachung bereits zur Verfügung gestellten Unterlagen (s. Ziff. II.2.4) hinaus folgende Unterlagen zur Verfügung gestellt: Formblatt für Honorarangebote.

II.2.13) **Angaben zu Mitteln der Europäischen Union**

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

II.2.14) **Zusätzliche Angaben**

Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben

III.1) **Teilnahmebedingungen**

III.1.1) **Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister**

Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:

Folgende aktuelle Nachweise/Erklärungen des Bewerbers - bei Bewerbergemeinschaften von allen Mitgliedern - sind zwingend gefordert; bei Nichtvorlage/-abgabe oder unvollständiger Abgabe mit der Bewerbung - auch auf Nachforderung gemäß VgV §56 (2) - wird der Bewerber ausgeschlossen:

(1) Eigenerklärungen/Auflagen:

a) Soweit der Bewerber eintragungspflichtig ist: Auszug aus dem Handelsregister oder dem vergleichbaren Register des Heimatlandes des Bewerbers sowie Eigenerklärung des Bewerbers, dass der Auszug den aktuellen Eintragsstand wiedergibt.

b) Eigenerklärung, dass keine Ausschlussgründe gemäß Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) §123 und §124 vorliegen.

c) Eigenerklärung, dass im Auftragsfall die Versicherung für die gesamte Vertragslaufzeit zur Verfügung steht.

d) Eigenerklärung zu wirtschaftlichen Verknüpfungen.

e) Beruft sich der Bewerber/ die Bewerbergemeinschaft zur Begründung seiner/ihrer Leistungsfähigkeit auf die Kapazitäten anderer Unternehmen (Nachunternehmer), sind die betreffenden Nachunternehmer zu benennen, Verpflichtungserklärungen der betreffenden Nachunternehmer nach §47 (1) VgV und die Erklärungen bzgl. wirtschaftlicher Verknüpfungen (Unabhängigkeit/Zusammenarbeit) und gem. §§123 und 124 GWB (über das Nichtzutreffen möglicher Ausschlussgründe) für die betreffenden Nachunternehmer vorzulegen (Formblatt).

(2) Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird:

Bewerbergemeinschaften sind vor Angebotsabgabe nicht verpflichtet, eine bestimmte Rechtsform anzunehmen. Bewerbergemeinschaften haben mit ihrer Bewerbung eine von allen Mitgliedern unterzeichnete Erklärung

(Bewerbergemeinschaftserklärung) unter zwingender Verwendung des für die Abgabe einer Bewerbung abzurufenden Formblattes (Formblatt 4.2. EU Bewerber-/Bietergemeinschaftserklärung) abzugeben, Mehrfachbeteiligungen, d.h. parallele Beteiligung als Einzelbieter und gleichzeitig als Gesellschafter einer Bietergemeinschaft sowie als Bieter und gleichzeitig als Nachunternehmer eines Bieters/einer Bietergemeinschaft, führen - wegen der damit verbundenen drohenden Verletzung des Geheimwettbewerbs zum Ausschluss, sofern die betroffenen Unternehmen nicht nachweisen, dass die Angebote völlig unabhängig voneinander erstellt wurden.

Los 1 - Mindestbedingung : Geforderte Qualifikation des/der Bewerbers/-in (§ 75 Abs. 2 VgV) bzw. bei juristischen Personen des/der benannten verantwortlichen Berufsangehörigen (§ 75 Abs. 3 VgV): Berufsqualifizierender Hochschulabschluss als Bauingenieur bzw. Ingenieur für Verkehrsanlagenplanung oder gleichwertig. Nachweis durch Bescheinigung über den Studienabschluss und Eintragung in einem Berufsregister (z. B. einer Ingenieurkammer) oder Eintragung in einem Handelsregister oder sonstige Bescheinigung der erlaubten Berufsausübung.

Los 2 - Mindestbedingung: Geforderte Qualifikation des/der Bewerbers/-in (§ 75 Abs. 2 VgV) bzw. bei juristischen Personen des/der benannten verantwortlichen Berufsangehörigen (§ 75 Abs. 3 VgV): Berufsqualifizierender Hochschulabschluss als Bauingenieur bzw. Ingenieur für Siedlungswasserwirtschaft oder gleichwertig. Nachweis durch Bescheinigung über den Studienabschluss und Eintragung in einem Berufsregister (z. B. einer Ingenieurkammer) oder Eintragung in einem Handelsregister oder sonstige Bescheinigung der erlaubten Berufsausübung.

III.1.2) **Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit**

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

(1) Umsatz: Eigenerklärung zum Nettajahresumsatz in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren (2020, 2021, 2022)

Im Falle der Einschaltung eines Nachunternehmers darf der Umsatz des Nachunternehmers nur entsprechend seines Anteils am Gesamtauftrag angegeben werden, wenn der Nachunternehmer diesen Umsatz mit vergleichbaren Leistungen erzielt hat

(2) Geforderte Kauttionen/Sicherheiten: Der Auftragnehmer hat im Auftragsfall eine Berufshaftpflichtversicherung mit einer Deckungssumme von mind. 3,0 Mio. EUR je Schadensfall für Personenschäden sowie 3,0 Mio. EUR für sonstige Schäden nachzuweisen. Die Maximierung der Ersatzleistung pro Versicherungsjahr beträgt das Dreifache der Deckungssumme. Die Deckung wird über die gesamte Vertragslaufzeit uneingeschränkt erhalten. Eine Erklärung, dass diese im Auftragsfall abgeschlossen wird, ist erforderlich .

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

Mindestjahresumsatz größer/gleich 350.000,00 EUR netto pro Jahr im Durchschnitt.

III.1.3) **Technische und berufliche Leistungsfähigkeit**

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

Los 1: Vorlage von Ausbildungsnachweisen und Bescheinigungen über die berufliche Befähigung des Projektteams gemäß § 46 (1) i. V. m. § 46 (3) Nr. 2 und 6 VgV 2016 (vom Projektleiter und stellv. Projektleiter mit Hochschulabschluss als Bauingenieur bzw. Ingenieur für Verkehrsanlagenplanung oder gleichwertig)- Name - Berufliche Qualifikation - Nachweis zum Studiumabschluss- mindestens 3 Jahre Berufserfahrung (tabellarische Darstellung des beruflichen Werdegangs)

Los 2: Vorlage von Ausbildungsnachweisen und Bescheinigungen über die berufliche Befähigung des Projektteams gemäß § 46 (1) i. V. m. § 46 (3) Nr. 2 und 6 VgV 2016 (vom Projektleiter und stellv. Projektleiter mit Hochschulabschluss als Bauingenieur bzw. Ingenieur für Siedlungswasserwirtschaft oder gleichwertig.)

- Name - Berufliche Qualifikation - Nachweis zum Studiumabschluss- mindestens 3 Jahre Berufserfahrung (tabellarische Darstellung des beruflichen Werdegangs)

(1) Darstellung (Formular 6.2.) der in den letzten drei Jahren (2020, 2021, 2022) jahresdurchschnittlich beschäftigten festangestellten vollzeitbeschäftigten Ingenieure inkl. Führungskräfte des Bewerbers/der Bietergemeinschaft

Im Falle der Einschaltung eines Nachunternehmers können nur die Mitarbeiter des Nachunternehmers hinzugerechnet werden, die für den entsprechenden Leistungsanteil eingesetzt wurden.

(2) Darstellung , welche Leistungen mit dem eigenen Büro und welche gegebenenfalls durch Nachunternehmer erbracht werden sowie deren Benennung.

(3) Liste der wesentlichen in den letzten 10 Jahren erbrachten Leistungen/Referenzen des Auftraggebers (Formular 6.2) Diese Referenzen müssen im Wesentlichen vergleichbar mit den beabsichtigten Leistungen sein.

Los 1 - Planungsleistung Verkehrsanlagen:

Vorlage geeignete Referenzen über die Objekt- und Fachplanung einer Verkehrsanlage, welche im Zeitraum vom 01.02.2013 bis 31.01.2023 folgende planerische Leistungen gem. HOAI §§ 45- 47 fertig gestellt wurden.

Folgende erbrachte Leistungen werden für die Bewertung der aufgelisteten Referenzen durch den Auftraggeber berücksichtigt:

a) Erfahrungen in der Planung innerörtlicher Hauptverkehrsstraßen mit mehreren Einmündungen in den Leistungsphasen 2-8 mit Baukosten von mind. 2,0 Mio EUR (brutto), die fertig gestellt wurden.

b) Erfahrung mit Berücksichtigung / Beteiligung des ÖPNV (Straßenbahn, Busverkehr, etc.)

c) Erfahrung mit Fördermittelmanagement

d) Baukosten, ab mindestens 3,5 Mio EUR (brutto)

e) Örtliche Bauüberwachung

Es sind mindestens eine Referenz und maximal 3 Referenzen pro Teilgebiet anzugeben.

Los 2 -- Planungsleistung Ingenieurbauwerke:

Vorlage geeignete Referenzen über die Objekt- und Fachplanung von Bauwerken und Anlagen der Abwasserentsorgung gem. HOAI §§ 41 - 44, welche im Zeitraum vom 01.02.2013 bis 31.01.2023 fertig gestellt wurden. Folgende erbrachte Leistungen werden für die Bewertung der aufgelisteten Referenzen durch den Auftraggeber berücksichtigt:

a) Erfahrungen in der Planung innerörtlicher Regenkanalnetze mit zahlreichen Verknüpfungen und Zwangspunkten in den Leistungsphasen 2-8 mit Baukosten von mind. 2,0 Mio EUR (brutto), die fertig gestellt wurden.

b) Erfahrung mit der Planung von Regenwasserkanälen mit Reinigungs- und Auslaufbauwerken

c) Erfahrung in der Planung von Pumpwerken

d) Erfahrung mit Fördermittelmanagement

e) Erfahrung mit Örtliche Bauüberwachung

Es sind mindestens eine Referenz und maximal 3 Referenzen pro Teilgebiet anzugeben.

Die Referenzprojekte müssen auf jeweils max. zwei DIN-A4-Seiten in Form von Texten, Plänen, Fotos oder Skizzen weiterführend dargestellt werden. Bei Nichtvorlage wird/werden die Referenz/en nicht gewertet.

Die Angaben zu den Referenzprojekten sind von der Bewerbergemeinschaft (inkl. Nachunternehmer, sofern zutreffend) insgesamt zu machen.

(4) Formular 6.3 - Detailbeschreibung für einzelne Referenzen (auszufüllen für jede im Formular 6.2 angegebene Referenz)

mit Angabe des Auftraggebers, Kontaktdaten des Ansprechpartners und Ausführungsortes sowie des Zeitraums der Leistungserbringung und des Auftragsvolumens (eigener Leistungsanteil)

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

Die Referenzen müssen alle aufgeführten Teilgebiete a) bis e) für Los 1 und/oder Los 2 abdecken. Eine Referenz kann dabei mehrere Teilgebiete beinhalten. Zu den einzelnen Teilgebieten sind mindestens 1 Referenz und max. 3 Referenzen anzugeben.

Bewerbungen, die diese Mindestanforderungen nicht erfüllen, werden vom weiteren Vergabeverfahren zwingend ausgeschlossen.

III.2) **Bedingungen für den Auftrag**

III.2.1) **Angaben zu einem besonderen Berufsstand**

Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten

Verweis auf die einschlägige Rechts- oder Verwaltungsvorschrift:

VgV §75 (1-3) in Verbindung mit VgV §44: Teilnahmeberechtigt sind Ingenieure:

- (1) Natürliche Personen werden zugelassen, wenn sie nach den Gesetzen der Länder berechtigt sind, die Berufsbezeichnung Ingenieur zu tragen oder wenn sie berechtigt sind, in der Bundesrepublik Deutschland als Ingenieur tätig zu werden.
- (2) Juristische Personen werden zugelassen, wenn sie für die Durchführung der Aufgabe einen verantwortlichen Berufsangehörigen gemäß dem vorstehenden Absatz benennen.
- (3) Bei Bewerbergemeinschaften muss jedes Mitglied die Anforderungen erfüllen, die an natürliche und/oder juristische Personen gestellt werden.

III.2.2) **Bedingungen für die Ausführung des Auftrags:**

- (1) Örtliche Präsenz während der Planungs- und Bauzeit in engen Intervallen gemäß Erfordernis; personelle Kontinuität bezüglich der Präsenz vor Ort.
- (2) Gesetze, Verordnungen, Verwaltungsvorschriften sowie ergänzenden Vorschriften und technische Normen
- (3) Bürgerliches Gesetzbuch (BGB).
- (4) Vertragsentwurf inkl. Anlagen (u.a. Grobterminplan).
- (5) Im Falle der Einladung zur Verhandlung von allen Beteiligten vorzulegende Erklärungen: Vereinbarung zur Einhaltung der Mindestanforderungen nach dem Brandenburgischen Vergabegesetz (BbgVergG), Eigenerklärung zum 5. Sanktionspaket
- (6) Der Bewerber darf bei Vertragsausführung nur Personen einsetzen, die eine Erklärung gem. §1 Verpflichtungsgesetz abgeben.
- (7) Honorarordnung für Architekten und Ingenieure HOAI (2021)

Abschnitt IV: Verfahren

IV.1) **Beschreibung**

IV.1.1) **Verfahrensart**

Verhandlungsverfahren

IV.1.3) **Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem**

IV.1.5) **Angaben zur Verhandlung**

IV.1.8) **Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)**

Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: ja

IV.2) **Verwaltungsangaben**

IV.2.2) **Schlussstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge**

Tag: 30/05/2023

Ortszeit: 10:00

IV.2.3) **Voraussichtlicher Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber**

Tag: 22/06/2023

IV.2.4) **Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können:**
Deutsch

IV.2.6) **Bindefrist des Angebots**
Das Angebot muss gültig bleiben bis: 24/10/2023

Abschnitt VI: Weitere Angaben

VI.1) **Angaben zur Wiederkehr des Auftrags**
Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein

VI.3) **Zusätzliche Angaben:**

(1) Die insb. in Ziffer III.1.1 bis III.1.3 geforderten Erklärungen und Angaben werden im Rahmen der zu verwendenden Formblätter (Teilnahmeantrag und, sofern zutreffend, Bewerbergemeinschaftserklärung sowie Erklärung des Nachunternehmers) präzisiert und abgefordert und sind nicht separat zu erklären/abzugeben.

Die Formblätter sind - in deutscher Sprache gut lesbar - vollständig auszufüllen. Eine Unterschrift auf den einzureichenden Unterlagen ist bei elektronischer Bewerbung nicht erforderlich, der Name des Erklärenden/der bevollmächtigten Person ist jedoch zwingend anzugeben. Im Falle einer Bewerbergemeinschaft sind die Angaben für das sich bewerbende Team als Ganzes vorzunehmen. Je Bewerbung ist nur ein Teilnahmeantrag zugelassen. Der bevollmächtigte Vertreter füllt den Teilnahmeantrag aus.

Die Bewerbungsunterlagen sind elektronisch unter Nutzung des sog. Bietertools auf der Vergabeplattform (s. Ziff. I.3) bis zu der in Ziff. IV.2.2 genannten Frist einzureichen, ansonsten wird der Bewerber/die Bewerbergemeinschaft zwingend ausgeschlossen.

Die Nichtvorlage bzw. die Vorlage nicht vollständiger Unterlagen, Erklärungen und Nachweise - auch auf Nachforderung gemäß VgV §56 [2] - hat den zwingenden Ausschluss vom weiteren Verfahren zur Folge. Eine Nachforderung bei fehlerhaften Referenznachweisen ist über den Umfang der Liste des Teilnahmeantrages hinaus nicht vorgesehen.

Die Bewerbungsunterlagen verbleiben beim Auftraggeber. Ein Anspruch auf Kostenerstattung besteht nicht.

(2) Sofern der Bewerber eine Einheitliche Europäische Eigenerklärung einreichen möchte, muss er sicherstellen, dass die EEE sämtliche zuvor genannten Angaben/Erklärungen/Nachweise enthält. Die EEE muss nicht verwendet werden, wenn der Teilnahmeantrag inkl. Anlagen vollständig ausgefüllt eingereicht wird.

(3) Unter der in Ziff. I.3 genannten Adresse können alle Vergabeunterlagen inkl. Bewertungsmatrix Stufe 1 sowie Zuschlagskriterien/Bewertungsmatrix Stufe 2 und sowie Änderungen/ Ergänzungen zur Bekanntmachung u.ä. wie auch die weiteren Auskünfte abgerufen werden. Bewerber sind verpflichtet, sich eigenständig die Informationen dort zu verschaffen.

(4) Bewerberanfragen sind ausschließlich über den Kommunikationsbereich bis spätestens zum 23.05.2023 an die Vergabestelle zu stellen. Die Kommunikation erfolgt nur über die Internetplattform (s. I.3). Kommunikation, die mündlich, per E-Mail, Telefax, Briefpost usw. erfolgt, ist nicht zugelassen und wird nicht beantwortet.

(5) Hinweis zu Ziff. II.2.5. Zuschlagskriterien - Es können insgesamt maximal 5 Punkte erreicht werden. (näheres siehe Vergabeunterlagen)

(6) Der Auftraggeber beabsichtigt, i.R. der Verhandlung (Zuschlagsverfahren) die Frist für die Einlieferung der finalen Honorarangebote im Einvernehmen mit den Bietern auf 15 Tage festzulegen. Der Auftraggeber behält sich vor, den Zuschlag gemäß VgV §17 (11) auf der Grundlage der Erstangebote zu erteilen.

Bekanntmachungs-ID: CXP9YH664UB

VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren**

VI.4.1) **Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren**

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer des Landes Brandenburg beim Ministerium für Wirtschaft und Energie

Postanschrift: Heinrich-Mann-Allee 107

Ort: Potsdam

Postleitzahl: 14473

Land: Deutschland

Telefon: +49 331-8661617

Fax: +49 331-8661652

VI.4.3) **Einlegung von Rechtsbehelfen**

Genauere Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

1.) Mit der Abgabe eines Angebotes unterliegt der Bieter/die Bieterin den Bestimmungen über nicht berücksichtigte Angebote gemäß §62 VgV. Vergaberechtsverstöße sind vom Antragsteller eines Nachprüfungsverfahrens vor der Vergabekammer gegenüber der Vergabestelle zu rügen. Ansonsten gilt gemäß §160 (3) GWB, dass ein Nachprüfungsantrag unzulässig ist, soweit:

1. der Antragsteller den gerügten Verstoß gegen Vergabevorschriften im Vergabeverfahren erkennt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat,
2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Angebotsabgabe oder zur Bewerbung gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

§160 (3) Satz 1 GWB gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags nach §135 (1) Nr. 2 GWB. §134 (1) S. 2 GWB bleibt unberührt.

2.) Gemäß §135 (2) GWB kann eine Unwirksamkeit eines Vertrages nur festgestellt werden, wenn sie im Nachprüfungsverfahren innerhalb von 30 Kalendertagen ab Kenntnis des Verstoßes, jedoch nicht später als sechs Monate nach Vertragsschluss geltend gemacht worden ist. Hat der Auftraggeber die Auftragsvergabe im Amtsblatt der Europäischen Union bekannt gemacht, endet die Frist zur Geltendmachung der Unwirksamkeit 30 Kalendertage nach Veröffentlichung der Bekanntmachung der Auftragsvergabe im Amtsblatt der Europäischen Union.

VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**

28/04/2023